



Digitalisierung in der Justiz. Jetzt!

Ein Hilfe(auf-)ruf an die neue Landesregierung.

Die Landtagswahl 2021 ist entschieden. Demnächst wird sich eine neue Landesregierung bilden.

Die Coronapandemie zeigt, dass für die Digitalisierung bislang viel zu wenig getan wurde – und das nicht erst seit einem Jahr. Es ist bedauerlich, dass die bisherige Landesregierung die Justiz zwar als Dritte Säule staatlicher Gewalt bezeichnet, aber nicht immer auch als solche behandelt hat. Unser Landesverband fordert die neue Landesregierung auf, die Justiz und die Anliegen ihrer Bediensteten endlich ernst zu nehmen!

Unser Verband hatte die bisherige Landesregierung im Juni 2020 zur schnelleren Digitalisierung der Justiz aufgerufen. Seither ist jedoch erkennbar nichts passiert! Der Stand der Digitalisierung ist nach wie vor unerträglich. Kein Konzept, kein zügiger Ausbau: Noch immer ist kein einziges Amtsgericht in Sachsen-Anhalt technisch dazu in der Lage, Gerichtsverhandlungen oder richterliche Anhörungen per Videokonferenz durchzuführen. Nur im Landgericht Magdeburg gibt es eine einzige Anlage, mit der sich Gerichtsverhandlungen oder richterliche Anhörungen per Videokonferenz durchführen lassen.

Ganz zu schweigen davon, dass alle Staatsanwaltschaften und (fast) alle Gerichte im Land noch immer offizielle Post nicht elektronisch an Rechtsanwälte, Behörden oder Privatpersonen versenden können. Anwaltspost geht bei den Gerichten vielfach elektronisch ein, wird ausgedruckt und als Briefpost an die Beteiligten versandt. Die Gerichte sind zur Druckstation der Verfahrensbeteiligten geworden. Die Privatwirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger des Landes wurden im Zuge der Pandemie aufgefordert, verstärkt Home-Office und digitale Wege zu nutzen. Doch die bisherige Landesregierung hat es nicht vermocht, die eigene Digitalisierung und vor allem die der Justiz messbar voranzubringen. Ein beispielloses Armutszeugnis, das sich dringend ändern muss!

Andere Bundesländer machen es uns vielfach vor: dort wurden pandemiebedingt kurzfristig Kapazitäten geschaffen, um Gerichtsverhandlungen als Videokonferenz durchzuführen. Auch das elektronische Versenden von offizieller Post ist dort weiter ausgebaut. In Sachsen-Anhalt fehlt es nach wie vor an allem: Software, Datenleitungen, Bildschirmen, Mikrofonen, Lautsprechern. Und es fehlt vor allem – der politische Wille, endlich mit der Zeit zu gehen und die Justiz modern und zukunftsfähig zu gestalten!

Wir fordern mutige Konzepte und engagiertes Handeln der Landesverwaltung, allem voran von der neuen Landesregierung! Die Zeit der Wahlkampfretorik ist vorbei. Unser Landesverband erwartet nun schnell Ergebnisse für die Justiz, die diesen Namen auch verdienen.

Die Digitalisierung schreitet überall voran. Der Prozess ist nicht aufzuhalten. Die Justiz darf bei der Digitalisierung keine Ausnahme bilden. Deshalb fordern wir die neue Landesregierung auf, begonnene, aber bislang viel zu mutlos, ineffektiv und langsam betriebene Digitalisierungsprozesse erheblich zu beschleunigen und auch abzuschließen. Neue Grundsatzdebatten sind überflüssig. Parteipolitisches Kalkül ist ebenso fehl am Platz. Ein Ministerium für Digitalisierung, das keinen inhaltlichen Fortschritt bringt, brauchen wir ebenfalls nicht. Dasselbe gilt für angekündigte Digitalisierungsoffensiven oder -schübe, die als Tiger vollmundig starten und dann doch nur als zahmer Bettvorleger landen.

Wir brauchen nicht weniger als ein verändertes Bewusstsein. Politik hat die Schaffung moderner digitaler Strukturen endlich als Kernaufgabe und zentralen Standortvorteil und nicht länger als lästige Pflichtübung zu begreifen. Wenn die neue Landesregierung Vertrauen ihrer Justizbediensteten zurückgewinnen will, muss sie mit Handlungswillen und Taten überzeugen. Nur ein schneller digitaler Ausbau wird es uns trotz knapper Ressourcen auch in der Zukunft ermöglichen, alle Standorte der Justiz in der Fläche zu erhalten, Bürgernähe zu gewährleisten und genügend Nachwuchskräfte für alle anspruchsvollen Aufgaben in der Justiz zu gewinnen.

„#moderndenken“ ist zu wenig, „#modernmachen“ ist entscheidend.

Wir fordern die neue Landesregierung daher auf, die Digitalisierung der Justiz mit größter Priorität zu betreiben. Alle Bürgerinnen und Bürger haben den Anspruch darauf, dass sie die Justiz nicht im Stich lässt. Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen jederzeit zuverlässig funktionieren und ihrer verfassungsrechtlichen Aufgabe nachkommen können. Digitalisierung und ihre Umsetzung müssen hierfür *die* Schwerpunkte in der neuen Legislaturperiode sein.

Magdeburg, 08. Juni 2021